wurde und Rußland bewogen hat, den jetzt vorhandenen Anschluß an Frankreich zu suchen, um den deutschen Ausfall zu decken.

Paris. Deputirtenkammer. Der Wiederzusammentritt der Kammer vollzog sich ruhig. Viele Deputirte fehlten. Präsident Brisson verlas ein Schreiben des Präsidenten Faure, in welchem derselbe der Kammer das Telegramm mittheilt, welches Kaiser Nikolaus ihm aus Pagny an der Mosel übersandte. Der Präsident fuhr dann fort: „Die Deputirtenkammer, die seit 1891 in feierlicher Weise die Sympathien Frankreichs und Rußlands bekundete, wird bei Eröffnung der Session dem erhabenen Herrscher einen Gruß entsenden und ihm sowohl wie der Kaiserin Wünsche für den Ruhm ihrer Regierung und das Glück ihres Reiches darbringen. Nach den Kundgebungen in Kronstadt und Toulon haben die Oktoberfesttage die Freundschaft zweier großer treuer Nationen sich von Neuem festigen sehen. Die Dichter, die Künstler, die Presse und das ganze Volk haben den Czaren im Einklang gefeiert, die französische Demokratie hat bezeugt, daß unsere Staatseinrichtungen weit davon entfernt sind, den Geist der Folgerichtigkeit, der Beständigkeit, Einheit und Einhelligkeit in ihren Zielen auszuschließen. In Paris dessen Größe und Reize das befreundete Herrscherpaar so tief empfunden und so zartfühlend gerühmt hat, hat die aus ganz Frankreich herbeigeeilte Menge das über ihr schwebende Bild des ganzen Vaterlandes repräsentirt, ein Herz, einen Willen. Welch' ein Schauspiel, welche Lehre, welch' ein Quell des Vertrauens und der Hoffnung!“ Die Rede wurde in ihrem ganzen Verlaufe mit lebhaften Kundgebungen begleitet. Ministerpräsident Meline dankte Brisson für seine patriotischen Worte und führte aus, die Kammer habe dadurch, daß sie den Worten ihres Präsidenten einmüthig beipflichte, die Bedeutung dieser Kundgebung betonen wollen, welche die Stellung Frankreichs dem Auslande gegenüber nur erhöhen könne und gleichzeitig all' die Kraft und die Autorität verleihe, welche nöthig sei, um im Namen Frankreichs zu sprechen. Meline schloß, er sei überzeugt, das Land werde Dem eben so zustimmen wie die Kammer. (Beifall.) — Senat. Bei Beginn der Sitzung verlas der Präsident das Telegramm, welches der Kaiser von Rußland von Pagny aus an den Präsidenten Faure gerichtet hatte. Loubet hielt dann eine Ansprache, in der er ausführte, die Reise des russischen Herrscherpaares habe Frankreich Gelegenheit gegeben, den schon alten Sympathien, welche auf der Gemeinsamkeit der Gesinnung, der Bestrebungen und der Interessen bekundet seien, Ausdruck zu verleihen. Die Worte, welche in Cherbourg, in Paris und in Châlons gefallen seien, hätten den Banden, welche beide große Nationen umschlingen, die endgiltige Weihe gegeben. Die Verbindung habe bereits ihre weltfriedliche Wirkung ausgeübt und berechtige betreffs einer weiteren Entwickelung des französischen Einflusses in der Welt zu den besten Hoffnungen. Der Regierung und dem Parlamente gereiche es zur Ehre, durch ihre Weisheit die Ereignisse, welche sich vollzogen hätten, möglich gemacht zu haben. Das ganze Land bezeuge seine Freude über die bereits erzielten Resultate, und der Senat bringe dem Kaiser von Rußland seine Wünsche dar für den Ruhm seiner Regierung, das Glück der kaiserlichen Familie und für das Wohlergehen Rußlands.

Paris. Der Ministerrath beschloß, der Kammer heute den Entwurf, betreffend die Kolonial-Armee, vorzulegen. Nach diesem Entwurf sollen die beiden Regimenter der Fremdenlegion in die Truppenverbände der Marine, Infanterie und Artillerie wieder eingereiht werden.

Kopenhagen. Der Kassirer des hiesigen Anarchistenklubs, der Vergolder Peter Jensen, wurde hier am Sonnabend im Oersted-Park in dem Augenblick verhaftet, als er von einem Knaben 20 Kronen entgegennahm, welche auf gefälschte Sparmarken in der Dänischen Sparmarkenkasse erhoben waren. Die Kasse ist in letzter Zeit wiederholt ähnlichen Fälschungen mit bedeutenden Beträgen zum Opfer gefallen. Der Verhaftete gestand, Sparmarken im Betrage von 5000 Kronen gefälscht zu haben, angeblich um dem Anarchistenklub Agitationsmittel zu verschaffen.

Konstantinopel. Gestern haben sämmtliche Civilarbeiter des Marine-Arsenals in Folge mehrwöchentlicher Lohnrückstände die Arbeit eingestellt.

New-York. Nach einer Meldung aus Havanna hat Oberst Serura die Aufständischen nach zweitägigem Gefecht von dem Berge Sorora Rinorio vertrieben. Die Aufständischen hätten 61 Todte gehabt, während auf Seite der Spanier ein Leutnant und 21 Mann gefallen und 7 Offiziere und 157 Mann verwundet worden seien. — Eine Massenversammlung nahm gestern eine Resolution an, in welcher die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die armenischen Flüchtlinge nicht als gewöhnliche Auswanderer behandelt werden und worin ferner die Regierung aufgefordert wird, alle ihr zu Gebote stehenden friedlichen Mittel aufzuwenden, um eine Uebereinstimmung der Mächte zur Beendigung der Greuel in Armenien herbeizuführen.

An der heutigen Berliner Börse erhielt sich die feste Haltung, die bereits den gestrigen Markt beherrscht hatte. In der Hauptsache war der Markt von der Erledigung der Ultimoverbindlichkeiten in Anspruch genommen, die bei dem jetzigen Geldstand glatt von Statten zu gehen scheinen. Geld für Prolongationszwecke war genügend und zwar zu nachgebendem Prozentsatze zu haben. Auch der Privatdiskont zeigte heute eine ziemliche Erleichterung. Für neue Geschäfte zeigte sich nur wenig Neigung. Bevorzugt waren, wie gestern, Schifffahrtsaktien auf Meldungen über Erhöhung der Passagepreise seitens der großen, den europäisch-amerikanischen Verkehr vermittelnden Gesellschaften. In der 2. Stunde schwächte sich mit dem weiteren Zurückgehen die Haltung leicht ab; verschiedene Kursveränderungen sind durchweg nur als minimal zu bezeichnen. Bankaktien setzten durchweg höher ein, hatten auch ziemlichen Verkehr. Besonders beachtet waren Kreditaktien, Kommanditantheile und Deutsche Bank. Der Eisenbahnaktienmarkt zeigte bei geringen Umsätzen feste Haltung. Heimische Bahnen kaum verändert, von fremden stellten sich schweizerische etwas niedriger, österreichische wenig verändert. Von Montanaktien konnten in erster Linie Laurahütte und Bochumer anziehen auf Gerüchte über zu erwartende günstige Quartalsabschlüsse. Russen durchweg höher. Fremde Renten fest, besonders Mexikaner. Heimische Anleihen waren anziehend. Privatdiskont 4¼ Prozent. Ultimogeld 4¼ Prozent. — Am Getreidemarkt hat sich die Haltung nicht günstiger gestaltet, obschon von den meisten ausländischen Plätzen, voran von den amerikanischen, festere Tendenz gemeldet wurde. Abschwächend wirkte heute einiges Realisationsangebot, sowie kleinere Offerten greifbarer inländischer Waare. Weizen ca. 1½ Mark, Roggen etwa 1 Mark niedriger. Hafer sehr still, knapp behauptet. Spiritus war in Terminen schwächer, loco dagegen 10 Pfennige höher. Wetter: kühl, schön, Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 311,75. Diskonto 206,10. Dresdner Bank 158,50. Staatsbahn —. Lombarden 89⅛. Laura 161,20. Ung. Gold —. Portugiesen —,—. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 101,72. Italiener 88,10. Spanier [illegible]. Portugiesen —. Türken 18,40. Türkenloose 85,56. Ottomanbank 616,00. Staatsbahn 788,[illegible]. Lombarden 200. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Oktober [illegible], per Januar-April [illegible]. Spiritus per Okt. 30,40, per Januar-April 31,75, ruhig. Rüböl per Oktober [illegible], per Januar-April [illegible], fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per November —, per März —, per Mai —. Roggen per Okt. 116, per März 119, per Mai 120.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König jagte gestern auf Langebrücker Revier.

— Nach den zur Zeit getroffenen Dispositionen erfolgt die Rückkehr Ihrer Majestät der Königin aus Sigmaringen am Donnerstag Abends 8 Uhr 20 Min. auf dem Leipziger Bahnhofe.

— Se. Kaiserl. Hoheit der Großfürst Sergius von Rußland besuchte zu wiederholten Malen das Kronleuchter- und Kunstgewerbemagazin von C. Kreinsen Nachf., Pragerstraße 2?, und gab mehrere belangreiche Aufträge. Auch der Herzog von Connaught, sowie Graf Hohenau beehrten das genannte Magazin mit ihrem Besuch. — Großfürst Sergius beehrte gestern früh auch das Atelier W. Höffert, Königl. Hofphotograph, Pragerstraße 6, mit seinem Besuche und ließ daselbst einige Aufnahmen fertigen.

— Auf das von der nationalliberalen Landesversammlung in Döbeln an Se. Majestät den König gerichtete Huldigungstelegramm ist zu Händen des Geh. Kommerzienraths Niethammer folgende Antwort eingegangen: „Bitte, Ihren Auftraggebern meinen herzlichen Dank für das übersandte Telegramm und die darin ausgedrückte Gesinnung auszusprechen. Albert.“

— Die Beisetzung des verstorbenen Rittergutsbesitzers Zeller auf Noßwitz bei Elsterberg, Vorsitzenden des landwirthschaftlichen Kreisvereins für das Vogtland, findet erst am Freitag (nicht Donnerstag) Mittag 12 Uhr in der Familiengruft in Canitz bei Riesa statt. Die Ueberführung von Elsterberg nach Bahnstation Bornitz erfolgt Donnerstag Nachmittag.

— Wie der „Dr. Anz.“ meldet, tritt Herr Finanzrath Dr. Schelcher, Mitglied der Königl. Generaldirektion der Staatsbahnen und als solches Königl. Kommissar für den Staatseisenbahnbau, am 1. Januar als Oberregierungsrath in das Königl. Ministerium des Innern über. Wenn an derselben Stelle gesagt wird, daß in den höheren Dienststellen der Staatsbahnen mit dem neuen Jahre mehrfache Personalveränderungen von Bedeutung bevorstehen sollen, so ist, wie man uns von maßgebender Seite mittheilt, daselbst nichts bekannt.

— Die evangelisch-lutherische Landessynode führte gestern in Gegenwart des Herrn Staatsminister v. Metzsch die Berathung des Berichts über den Zustand der Landeskirche auf die Jahre 1891 bis 1895 zum Schluß. Zu dem bereits referirten Abschnitt 8 sprach zunächst Graf Vitzthum v. Eckstädt über die Heidenmission. Er erkenne dankend an, daß der Abschnitt mit der Bezeichnung „kirchliche“ Liebesthätigkeit überschritten worden sei. Man fasse in der Heidenmission den Kulturgedanken hinter den christlichen zurücktreten und habe die Kultur nur als eine Folge des Christenthums anzuerkennen. Der Schwerpunkt der äußeren Mission liege darin, daß sie zuerst das Christenthum bringe. In Sansibar habe in diesem Jahre bereits die vierte tamulische Synode getagt. Missionspredigtreisen habe die „Missionskonferenz im Königreich Sachsen“ in den letzten fünf Jahren drei auf Wunsch und Antrag der betr. Ephoren abgehalten. Bei der Mission unter Israel seien die Erfolge nur gering gewesen. Es sei schwer hierin eine klare Missionsmethode durchzuführen. Er müsse sich verwahren gegen die Meinung, als ob ein verfehlter Lebenszweck Einzelne zum Diakonissenberuf führe, denn gerade in diesen Beruf stelle man nur geförderte Christen ein. Wenn dann der Bericht die bewährte Organisation im Landesverein für innere Mission anerkenne, so müsse er hinzufügen, daß es diese allein nicht thue, sondern daß sie auch mit dem rechten Geiste durchdrungen werden müsse. An den vom Landesverein veranstalteten Instruktionskursen zur Einführung von Geistlichen und Kandidaten hätten sich Geistliche aller Altersklassen betheiligt. Die Anstalt für Epileptische zu Kleinwachau habe sich so kräftig entwickelt, daß man dieses Mal keine Staatsbeihilfe zu beantragen gehabt habe. Ein merkwürdiger Rückgang in dem Besuche der Herbergen zur Heimath sei wohl auf die gebesserten Erwerbsverhältnisse zurückzuführen. Syn. Niethammer führt aus, daß der evangelisch-lutherische Gotteskasten nicht die nöthige friedliche Tendenz gegenüber dem Gustav Adolph-Verein beobachte. P. Lehmann weist darauf hin, es liege im Charakter unserer Zeit, daß immer neue Werke der Liebe nöthig werden. Die Kunde von einer irgendwo herrschenden Noth werde durch die Presse durch's ganze Land getragen und der große Verkehr aller Volkskreise wirke ansteckend im Guten und Bösen. Auch die Studenten sollten aus den Hörsälen in die Versammlungen der inneren Mission herüberkommen und die Professoren möchten sich hüten, den aus dem Elternhause mitgebrachten Glauben zu zerstören. Die innere Mission habe es dahin gebracht, daß auch auf katholischer Seite ihr Wirken anerkannt werde und man die große Gefahr zu erkennen beginne, welche der katholischen Kirche von der sich immer mehr ausbreitenden evangelischen drohe, wenn auch die Kriegslist beobachtet werde, das nicht zuzugeben. Er bitte, in die Kreise der inneren Mission einen Segensgruß der Synode bringen zu dürfen. Syn. D. Tibelius konstatirt in Erwiderung einer Bemerkung des Referenten vom evangelischen Arbeiterverein zu Dresden, daß darin weit mehr als die Hälfte Männer mit schwieliger Faust, also Arbeiter aus großen Fabriken und industriellen Etablissements seien und dieser Prozentsatz von Jahr zu Jahr steige. Superintendent Meyer führt aus, die evangelischen Arbeitervereine seien über den Rahmen der inneren Mission kräftig hinausgewachsen. Die Hauptmasse unserer Arbeiter sei gar nicht sozialdemokratisch in prägnantem Sinne, sondern stehe den gottlosen Anschauungen der Führer ablehnend gegenüber. Aber die Agitation der Sozialdemokratie schmälere immer mehr den religiösen Fonds der Arbeiter und es sei nöthig, daß auch die übrigen Stände unseres Volks den evangelischen Arbeitervereinen die lebhafteste Theilnahme entgegenbrächten, denn hier wissen die Arbeiter, daß sie einen Rückhalt haben und gegenüber der geschlossenen Masse der Anderen nicht allein stehen. Syn. P. Eckardt fügt hinzu, die evangelischen Arbeitervereine seien immer mehr Kampfesvereine gegen die Sozialdemokratie geworden und deshalb möge er nicht, daß ein Geistlicher an ihrer Spitze stehe, damit dieser nicht in politischer Richtung Partei ergreifen müsse. Gleichzeitig fordert er zur weiteren Förderung der Jünglings- und Männervereine auf. Die Zahl der in Sachsen bestehenden 197 Vereine mit 10,800 Mitgliedern, zur größeren Hälfte unter 17 Jahren alt, sei viel zu gering. Endlich nimmt er gemeinsam mit P. Große das Verhältniß des evangelisch-lutherischen Gotteskastens zum Gustav-Adolphverein in Schutz. Superintendent Hasselbarth bespricht die 1890er Ministerialverordnung betreffs öffentlicher Sammlungen. Diese bedürfen keiner behördlichen Genehmigung, sobald sie innerhalb von Vereinen stattfinden. Nun werde nach den Statuten des Gustav Adolph-Vereins jeder Beitragende als Mitglied betrachtet. Die Behörde fordere aber auch hier die Einholung der Genehmigung, und er bitte daher das Konsistorium, diese Angelegenheit klarzustellen. Präsident v. Zahn sagt das zu. Graf Vitzthum bemerkt, daß andererseits in der Bestätigung der Sammlung ein gewisser Schutz gegen unbefugtes Sammeln liege. Syn. Meister regt noch an, daß an Fabrikorten an Sonntags-Abenden den Arbeitern mehr Gelegenheit zu geistiger Anregung geboten werden möge. — Darauf referirte Schulrath Michael über Abschnitt 9, das Verhältniß der Kirche zur Schule, sprach seine Freude über die Einführung des Religionsunterrichts in der obligatorischen Fortbildungsschule aus und bat das Konsistorium, dafür zu wirken, daß der Fortbildungsschulunterricht vom Sonntag auf einen Wochentag verlegt werde, betonte dann die mangelhafte häusliche Erziehung unserer Zeit und daß der Religionsunterricht an den höheren Schulen oft einen allzu doktrinären, dem Leben entfremdeten Charakter trage. Er freue sich über die Zusicherung, welche der Bericht ausspreche, daß die zuständigen Behörden die Gewinnung geeigneter Religionslehrer als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten. Superintendent Dr. Blochmann führt aus, es gehe ein realistischer Zug durch den Lehrplan der Fortbildungsschule, indem sie zumeist auf den bürgerlichen Beruf vorbereite. Die Fortbildungsschule müsse mehr religiös-sittliche Erziehungsanstalt werden und namentlich die Fächer pflegen, welche das Gemüth fördern, vor Allem Geschichte und Gesang. Jetzt seien die Lieder unserer Jugend meist Tingeltangellieder. Syn. Richter-Dippoldiswalde berichtet aus seinen Erfahrungen, daß an vielen Orten das Volkslied sehr gepflegt und dieselben in ihrem ganzen Umfange auswendig gelernt würden. Die Abhaltung des Unterrichts an Sonntagen oder Wochentagen müsse ganz den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden. Jetzt kämen die jungen Leute vielfach direkt aus dem Gottesdienst in die Fortbildungsschule und es würde bei Verlegung auf den Wochentag auch der Kirchbesuch wegfallen. Hofprediger D. Meier bittet, das Band zwischen Kirche und Schule immer inniger zu knüpfen. Oberkonsistorialrath Clauß empfiehlt dringend den Kindergottesdienst. Durch diesen würden die Gassenhauer bald von den Straßen verschwinden. Superintendent Roth vertritt die Meinung, daß bei Verleihung des Kantortitels an einen Kirchschullehrer dem Konsistorium mehr das ausschlaggebende Wort zukommen solle. An der Debatte betheiligten sich noch Syn. P. Mättig, Siebenhaar, Richter und D. Meier. — P. Böttcher-Pretzschendorf berichtete über die Abschnitte 10 bis 12, die finanzielle Stellung der Landeskirche, die Beziehungen zu anderen Landeskirchen und zu auswärtigen Gemeinden, sowie das Landeskonsistorium. Die vom Staate für die Landeskirche aufgewendete Summe hat sich im Vorjahre auf 2,162,000 Mark belaufen. Oberhofprediger D. Meier berichtet, daß er sich auf der Eisenacher Konferenz für das Offenhalten der Kirchen zu stiller Andacht ausgesprochen habe, jedoch sei es bedenklich, eine solche Sitte durch kirchenregimentliche Anordnung in's Leben zu rufen. Es sei auch betont worden, diese stillen Andachten möchten durch kurze liturgische Gottesdienste verstärkt werden. Die Diasporakollekten hätten einen recht erfreulichen Ertrag ergeben. Oberkonsistorialrath D. Dibelius erwiderte darauf, er könne sich für die Wiedereinführung der „stillen Messen“ nicht aussprechen, dagegen möchte er die Kirchen möglichst den ganzen Tag offen gehalten sehen. Es gebe in der Großstadt zahllose Menschen, welche kein stilles Heim haben. Geh. Kirchenrath Prof. D. Fricke dankte dem Konsistorium für seinen ausführlichen Bericht, der objektiv und doch entschieden abgefaßt sei, und für die staatliche Förderung. Die innige Wechselbeziehung zwischen Staat und Kirche sei ein ungeheurer weltgeschichtlicher Fortschritt des Protestantismus. Geh. Rath Prof. Dr. Wach bittet das Konsistorium, in Anbetracht dessen, daß die Synode nur aller 5 Jahre zusammentritt, des Oefteren den Synodalausschuß zu Berathungen zusammenzurufen. Nach Durchberathung des Berichtes berieth man über 4 vom Sonderausschuß gestellte Anträge. Dieselben werden 1 bis 3 einstimmig, 4 gegen 6 Stimmen in folgendem Wortlaut angenommen: 1. Die Landessynode empfiehlt die eifrige und treue Förderung und Pflege der in der Gegenwart so wichtigen und fruchtreichen Kinder- und Jugendgottesdienste. 2. Dieselbe legt gegenüber den Bestrebungen auf Einführung der Leichenverbrennung an Stelle des christlichen Begräbnisses gegen den Bruch mit einer Jahrhunderte langen, durch Schrift, geistliches Lied, christliche Volksanschauung geheiligten Tradition in Uebereinstimmung mit den Anschauungen des Kirchenregiments Zeugniß ab. 3. Die Synode bedauert, daß der christlichen Sonntagsheiligung und der Hebung des Kirchenbesuches immer noch so viele und wesentliche Hindernisse im Wege stehen, insbesondere, daß es trotz der bisher aufgewendeten Bemühungen auch der Schulbehörden noch nicht allenthalben möglich geworden ist, im Interesse der kirchlichen Unterredungen mit der konfirmirten männlichen Jugend, der Kirchschullehrer und der Geistlichen (Religionsunterricht in der Fortbildungsschule), die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichtes vom Sonntag in die Woche zu erreichen. 4. Die Synode wolle dem hohen Kirchenregiment zur Erwägung anheimgeben, wie oder in welcher Weise den bei den Kirchenvorstandswahlen neuerdings mehr hervorgetretenen Uebelständen, besonders veranlaßt durch Kollektivanmeldungen, entgegenzutreten sei. — Darauf trat man in die 2. Berathung des Kirchengesetzes über die Ausübung des Kirchenpatronats ein. Stadtrath Heerkloß-Bautzen kann sich nicht recht einverstanden erklären, daß das Patronat auch von Angehörigen der römisch-katholischen Kirche ausgeübt werden darf. Prof. v. Zahn bemerkt dazu, daß ein Patron jederzeit auf sein Recht verzichten dürfe. Der Entwurf wurde mit einigen noch nachträglich angebrachten redaktionellen Aenderungen gegen 1 Stimme angenommen. — Von den Pastoralkonferenzen zu Hainsberg, Lausigk und Frohburg sind an die Synode Petitionen wegen Beseitigung des Duells eingereicht worden. Der Petitionsausschuß schlägt, wie schon mitgetheilt, vor, die Petitionen auf sich beruhen zu lassen, da nicht für jede einzelne Sünde und Unsitte besondere Ansprachen von der Kanzel gehalten werden könnten. Es müßte dann noch gegen Ehebruch, Trunksucht und Hazardspiel auf gleiche Weise vorgegangen werden. Auch manche Ehe sei einem Zweikampfe mit tödtlichem Ausgange zu vergleichen. Die Ansprachen dürften oft die Ohren nicht treffen, für welche sie bestimmt sind. Die Entziehung der kirchlichen Ehrenrechte dürfte oft nicht ausgeführt werden können, weil die Schuldigen nicht bekannt oder nicht erreichbar sind. Von der Gesetzgebung würden weiter keine Bestimmungen zu erwarten sein, da die Frage im Strafgesetzbuche bereits gesetzlich geregelt ist. Von einem falschen Ehrbegriff, wie die Petition sagt, könne nicht allgemein die Rede sein, sondern nur von einem falschen Mittel zur Wiederherstellung der verletzten Ehre. (Während des Referats des Herrn Grafen Vitzthum tritt Herr Staatsminister von Metzsch, Exc., wieder ein.) Man müsse anerkennen, daß es auch unter Solchen, welche eine Herausforderung ablehnen, doch noch Leute gebe, welche mit Wesen und Wort herausfordernd auftreten und mit dem guten Rufe des Nächsten nicht mit der nöthigen Bruderliebe und zarten Feinfühligkeit umgehen. Seinem Angreifer gegenüber möge dann der Beleidigte oft wähnen, Gottes Rache bleibe zu lange aus. Die That des Zweikampfes streite zwar wider göttliches Recht und menschliches Gesetz, man könne aber unter Umständen einen Herausforderer und Duellanten genau so beklagen und bemitleiden, wie den auch dann und wann von vielen Hunden zu Tode gehetzten Selbstmörder. Zur Abhilfe biete der innerste Kern des Christenthums kein drastisches Mittel, sondern nur die Ueberwindung aus dem Glauben, ein immer tieferes Erkennen und Erfassen des Vorbildes, welches der große Dulder Christus uns geboten habe. Unser vieles Rufen nach dem Gesetze komme nicht immer aus dem Glauben. (Beifall.) P. Große betont, daß die menschliche Ehre nicht höher gelten dürfe als Gottes Wort und Gottes Wille. Freiherr von Friesen giebt bekannt, daß die deutsche Adelsgenossenschaft zur Unterdrückung des Duells die Einrichtung von Ehrengerichten beschlossen habe. Sup. Spranger nennt das Duell einen Fremdling auf christlichem Boden, staatlichem und ethischem Gebiete, der ein getrübtes sittliches Bewußtsein unseres Volkes bewirke. Freiherr von Wirsing regt an, das Kultusministerium möge verordnen, daß im Religionsunterrichte an den höheren Lehranstalten in geschickter Weise auf diese Materie hingewiesen und der falsche Ehrbegriff bekämpft werde. Oberhofprediger D. Meier giebt zu bedenken, daß sittliche Verirrungen von innen heraus bekämpft werden müssen. Dem Volk müsse zum Bewußtsein gebracht werden, wie die wahre Buße in der Veränderung des Herzens und des Sinnes bestehe. Das Bewußtsein müsse bestärkt werden, daß die höchste Ehre die Ehre eines unbefleckten Gewissens ist. Die Geistlichen müßten vor Allem an den Gräbern der im Duell Gefallenen die Gewissen schärfen. Das geistliche Amt bedürfe aber hierin der Mitwirkung der Jugenderzieher, der Religionslehrer und aller ernsten Christen in allen Ständen. Das Beispiel der führenden Stände sei von besonderer Bedeutung. Hofprediger D. Löber ermahnt, über diese Frage um so vorsichtiger zu urtheilen, als der Stand der Geistlichen der Duellgepflogenheit nicht obliege. Er habe wenigstens noch nie gehört, daß ein Pfarrer sich mit seinem Superintendenten geschlagen habe. Sup. Benz regt an, das Konsistorium möge eine Ansprache an die Gemeinden erlassen, welche von der Kanzel verlesen werden könnte. Hierauf ließ man die genannten Petitionen einstimmig auf sich beruhen. — Nächste Sitzung heute Vormittag 9 Uhr.

— In den Tagen vom 19. bis 23. Oktober fand die 25. Generalversammlung des „Internationalen Vereins der Gasthofsbesitzer“ statt. Der Hauptsitz dieses Vereins ist Köln a. Rh.; für die Generalversammlung war dieses Jahr Wiesbaden auserwählt. Die reichgeschmückte Badestadt hatte durch Ehren- und Festausschüsse außerordentliche Vorbereitungen getroffen, um den Vereinsmitgliedern eine glänzende Aufnahme zu bereiten. Der Ehrenausschuß bestand aus den Herren: Oberbürgermeister Dr. v. Ibell; dem Königl. Kammerherrn G. v. Hülsen, Intendant der Königl. Schauspiele; Bürgermeister Joh. Heß; Kurdirektor F. Hey'l; Sanitätsrath Dr. E. Pfeiffer, Vorsitzender des Kurvereins; W. Bedel, Stadtältester und Stadtrath. Hatte es doch für die altberühmte Kurstadt ganz besondere Bedeutung, eine so große Anzahl für den Fremden- und Badeverkehr einflußreicher Persönlichkeiten in ihren Mauern versammelt zu sehen. Der Verein, welcher vor 26 Jahren von dem Hotelbesitzer Otto Charagiola in Remagen gegründet worden ist, besteht zur Zeit aus ca. 1000 Mitgliedern aus fast allen Ländern Europas. Das große Vermögen, welches derselbe besitzt, dient einzig und allein humanen und erziehlichen Zwecken; es wurden gegen 30,000 Mk. zur Unterstützungen ausgegeben, und weitere ansehnliche Summen finden alljährlich für Vereinszwecke Verwendung. — Es dürfte wenig bekannt sein, welche gewichtige Stellung gerade die Hotel-Industrie im volkswirthschaftlichen Leben einnimmt! In Ziffern ausgedrückt, beträgt das Kapital, welches in großen und kleinen Hotels allein in Deutschland angelegt ist, die Summe von 1,200,000,000 Mk. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Angestellten beträgt ebenfalls über 1,000,000. In der Schweiz sind laut statistischer Erhebung 400,000,000 Frcs. angelegt, welche Summe sich mit 4½ Prozent verzinst. Die Erträgnisse der deutschen Hotel-Industrie dürften wesentlich geringer sein. Aus diesen Zahlen kann man ermessen, welche enorme Steuerkraft durch den Hotelbetrieb dem Reiche zugeführt wird. Trotz dieser außergewöhnlichen Steuerkraft wurde bisher das gesammte Hotelwesen im staatlichen Leben, sowie von der Gesetzgebung überaus stiefmütterlich behandelt. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch wird nun die berechtigten Forderungen auch dieser Berufsklasse erfüllen. Die Bestimmungen, welche die bisher geltenden Gesetze im Allgemeinen wie im Besonderen über Stellung und Rechte der Gasthofsbesitzer enthielten, entstammen einem barbarischen Zeitalter und sind mit dem Geiste der heutigen Rechtsanschauung im schroffsten Widerspruch. Den unausgesetzten Bemühungen der Vereinsleitung, insbesondere dem zielbewußten Auftreten des Ehrenpräsidenten des Vereins, Herrn Otto Hoyer-Aachen, den Aufsichtsraths-Mitgliedern Robert Heinrich-Berlin und Arnold Herfs-M.-Gladbach ist es zu danken, daß nach mühevollen Verhandlungen die bis zur Jetztzeit unbegrenzte Haftpflicht für eventuelle Verluste der Fremden in den Hotels auf die Maximalsumme von 1000 Mk. beschränkt wurde, und ferner, daß die unwürdigen Bestimmungen des § 10 des Handelsgesetzbuchs, die gewerbliche und soziale Stellung des Hotelbesitzers betr., beseitigt wurden. Mit der Einführung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs im Jahre 1900 stehen dem Gasthofsbesitzer die vollen Rechte und Pflichten des Kaufmannsstandes zu, welchen Vorzug die Aktien-Hotels bereits schon längere Zeit genießen. Diese beiden Errungenschaften wurden in der letzten Generalversammlung den Mitgliedern des Vereins unterbreitet und den vorerwähnten drei Herren sowohl als auch dem Gesammtvorstand, unter Vorsitz seines Präsidenten Herrn Otto Kah-Baden-Baden, der ungetheilte Dank zum Ausdruck gebracht. — Möge auch fernerhin der Verein durch seine Thätigkeit für das Gesammtwohl nutzbringend wirken, zur Ehre des Standes und zum Segen aller Mitglieder.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. An der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des preußischen Staatsministeriums nahm außer sämmtlichen Ministern auch der Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding Theil. Die Sitzung dauerte von 2 bis halb 8 Uhr.